

**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 15.12.2015**

Unterbringung von Flüchtlingen

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat um schriftliche Beantwortung folgender Fragen zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen“ gebeten.

1. „Wie viele schutzsuchende Personen leben aktuell in
 - a. Zelten?
 - b. Turnhallen?

2. Wie viele Erstaufnahmeeinrichtungen und deren Außenstellen mit jeweils wie vielen Plätzen gibt es derzeit
 - a. für Erwachsene und Familien?
 - b. für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge?

3. Wie viele Notunterkünfte mit jeweils wie vielen Plätzen für Geflüchtete gibt es derzeit in
 - a. Zelten?
 - b. Turnhallen?
 - c. ggf. weitere?

4. Wie viele Übergangwohnheime mit jeweils wie vielen Plätzen gibt es derzeit in folgender Bauweise
 - a. Container?
 - b. feste Gebäude?
 - c. Holzrahmenbauweise?

5. Im Schulzentrum Julius-Brecht-Allee wurde am 10.11.2015 abends kein Brot geliefert und am 15.11.2015 morgens gab es nicht genug Essen - eine Unterversorgung von mehreren. Wie erklärt der Senat diese wiederholten Berichte einer ungenügenden Essensversorgung?“

B. Lösung

Die Fragen werden – getrennt nach Erwachsenen/Familien und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – wie folgt beantwortet. Stand der Beantwortung ist der 1. Dezember 2015.

Zu 1:

- a) Derzeit werden 1.776 Unterbringungsplätze für Erwachsene und Familien in Zelten vorgehalten. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind derzeit nicht in Zelten untergebracht.
- b) In Turnhallen gibt es 1.112 Plätze für Erwachsene und Familien sowie 750 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Zu 2:

- a) In der ZASt (Alfred-Faust-Straße) sind 260 Unterbringungsplätze vorhanden. In den fünf Außenstellen sind insgesamt weitere 835 Plätze vorhanden.
- b) Die Erstaufnahmeeinrichtung in der Steinsetzerstraße verfügt über 222 Plätze.

Zu 3:

- a) Siehe Antwort zu Frage 1
- b) Siehe Antwort zu Frage 1
- c) Erwachsene/Familien: 539. Jugendliche: 285.

Zu 4: Derzeit gibt es in der Stadt Bremen 24 Übergangwohnheime mit einer Gesamtkapazität von 3.010 Plätzen (einschließlich ZASt und Außenstellen), davon

- a) Modulbauten: 750
- b) Feste Gebäude: 2.260
- c) 0

Zu 5: Die genannten Ereignisse wurden der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom Träger der Einrichtung nicht gemeldet. Eine Nachfrage bei der Einrichtungsleitung hat ergeben, dass einige Bewohner, die zu spät zur Essensausgabe erschienen, nicht mehr versorgt werden konnten. Dies ist auf ein Missverständnis innerhalb der Einrichtung zurückzuführen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Die Beantwortung der Fragen hat keine finanziellen oder genderbezogenen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.